

Podiumsdiskussion mit Landtagsvertreter*innen anlässlich der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Nds. e. V. (AGFS) am 23.09.2022

Herr Bajus von Bündnis 90/die Grünen, Herr Försterling von der FDP, Herr Fühner von der CDU und Frau Liebelt von der SPD haben im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu den Wortbeiträgen der anwesenden AGFS-Mitglieder diskutiert. (Anmerkung: Frau Liebelt musste die Sitzung krankheitsbedingt frühzeitig verlassen.)

Die AGFS bedankt sich bei den Vertreter*innen der Parteien für den konstruktiven Austausch während der Podiumsdiskussion zum Thema: „Vor der Wahl nachgefragt: Wie werden Sie und Ihre Partei die Umsetzung der geplanten Finanzhilfereform für Freie Schulen in Niedersachsen konkret unterstützen?“ In diesem Kontext wurde Bezug genommen auf den im Vorfeld verschickten „One-Pager“ (siehe Anlage). Als dringliches aktuelles Problem für Schulen in freier Trägerschaft wurden die steigenden Energiekosten der freien Schulen vorgetragen, die nicht ohne Weiteres mit Schülerbeiträgen zu bezahlen seien. Zusammenfassend gab es einen Konsens zu folgenden Punkten:

Transparenz hinsichtlich der Ausgaben des Landes und der Kommunen pro Schüler*in an öffentlichen Schulen:

Herr Försterling betonte, dass es wichtig sei, Transparenz zu schaffen für die Ausgaben pro Schüler*in an einer öffentlichen Schule. Nur so können faire Verhältnisse für freie Schulen geschaffen werden. Herr Bajus führte aus, dass Transparenz eigentlich selbstverständlich seitens der Exekutive sein müsse. Transparent, nachvollziehbar und ausreichend müsse die Finanzhilfe der Freien Schulen sein, so Herr Fühner. Es wird von den Vertretern in diesem Kontext deutlich gemacht, dass es schwierig sei, Zugriff auf die Ausgaben der kommunalen Seite zu erhalten.

Eine Finanzhilfeszumwendung für freie Schulen, deren Höhe sich an diesen Ausgaben pro Schüler*in an einer öffentlichen Schule orientiert.

Herr Fühner betonte, dass das strukturelle Problem der Finanzhilfe aufgelöst werden müsse. Dazu bedürfe es ebenfalls Personal in der Kultusverwaltung, welches dem freien Schulwesen gegenüber wohlgesonnen ist. Aber es brauche auch ein Wohlwollen seitens der Regierung. Die Koppelung zwischen Ausgaben für staatliche Schulen und Ausgaben für Schulen in freier Trägerschaft sei ein absolutes Muss, so Herr Försterling. Nur so könne man vermeiden, dass Freie Schulen finanziell abgehängt werden, wie zum Beispiel bei der Corona-Sonderzahlung für Beamte. Auch mit Blick auf die aktuelle Energiesituation kann auf lange Sicht nur mit einer Koppelung sicher gestellt werden, dass Freie Schulen gleichwertig unterstützt werden.

Zeitlicher Aspekt:

Die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der Lage sei deutlich geworden, so Herr Bajus. Die Bildung muss eine wichtigere Rolle in der Politik spielen. Weiterhin bat Herr Bajus, die Probleme auch vor Ort im jeweiligen Wahlkreis vorzutragen, um die Arbeit im Plenum zu erleichtern. Die Berechnung der neuen Finanzhilfe für freie Schulen müsse in 2023 erfolgen, so dass in 2024 etwas im Haushalt hinterlegt werden könne.

Frau Liebelt ergänzte, dass die Haushaltsbelastungen in der Zukunft deutlich schlimmer sein werden. Die Finanzhilfe für freie Schulen müsse deshalb schnell angefasst werden, nicht dass diese hinterher einem allgemeinem Sparzwang zum Opfer falle. Herr Fühner betonte, dass es die Aufgabe aller politischer Akteure der nächsten Legislaturperiode sei, das Problem in den Blick zu nehmen, damit die Strukturen des freien Schulwesens erhalten werden können. Das Thema müsse bei der nächsten Haushaltsberatung auf den Tisch, damit in 2024 eine Umsetzung möglich werde. Herr Bajus ergänzte, dass sich die 4 demokratischen Parteien einig seien, das Thema mit auf die Agenda zu nehmen. Es sei nicht möglich dieses Thema weiter auszusitzen. Auch habe es in dieser Angelegenheit ein Zusammenrücken in der Kultuspolitik gegeben.